

Regierungschef Hasler: «Wahlgeschenke - das wäre ein falscher Ansatz»

Rückblick Der Staatshaushalt in Schieflage, der Finanzplatz im Umbruch - Adrian Hasler hat in einer sehr turbulenten Zeit das Amt des Regierungschefs angetreten. Nach gut drei Jahren hat er bereits viele seiner Ziele erreicht, aber auch noch einiges zu tun. Eine Zwischenbilanz.

VON DORIS QUADERER

«Vollblut»: Knapp drei Jahre sind Sie nun im Amt - gut ein Jahr dauert diese Legislaturperiode noch. Rückblickend betrachtet, welches Thema hat Ihnen bisher am meisten schlaflose Nächte beschert?

Adrian Hasler: Ich schlafe eigentlich immer sehr gut (lacht). Es gab kein Thema, das mir wirklich schlaflose Nächte bereitet hätte. Aber natürlich hatte ich in den bisherigen drei Jahren sehr anspruchsvolle Themen zu bewältigen, die mich voll gefordert haben, darunter die Sanierung und Sicherung der staatlichen Pensionskasse, die Transformation des Finanzplatzes, die Sanierung des Staatshaushalts sowie weitere wichtige Reformen. Bei all diesen Themen geht es darum, Lösungen zu finden und ein stabiles Fundament für die Zukunft zu schaffen. Dies umfasst natürlich auch die Auseinandersetzung mit den künftigen Herausforderungen Liechtensteins.

Was hat Sie in Ihrer bisherigen Amtszeit am stärksten beeindruckt? Ein Höhepunkt war sicher mein Besuch bei der UNO in diesem Jahr. Ich hatte dort Gelegenheit, Liechtenstein beim UNO-Gipfeltreffen zu vertreten. Dabei wurde die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. An diesem Treffen waren sehr viele Staats- und Regierungschefs vor Ort. Unmittelbar vor dem Gipfel hat Papst Franziskus eine Ansprache gehalten. Diese ganze Atmosphäre mitzuerleben, das war schon sehr eindrücklich.

Sie treffen ja auch sonst bei verschiedenen Anlässen auf Persönlichkeiten aus aller Welt, die viele Menschen nur aus dem Fernsehen kennen. Wie ist es, wenn man plötzlich einer Angela Merkel gegenübertritt? Es ist schon beeindruckend, solche Persönlichkeiten zu treffen. Auf der anderen Seite sind es aber auch nur Menschen wie Sie und ich. Gerade der Besuch bei Angela Merkel im Herbst letzten Jahres war für mich sehr spannend. Wir hatten ein sehr gutes und offenes Gespräch. Die von mir angesprochenen Themen entsprachen ihr offenbar, denn sie kam richtig ins Diskutieren und hat ihren Gedanken freien Lauf gelassen. Ich hatte nicht den Eindruck, dass unser Treffen für sie einfach nur ein Pflichtterminus war. Sie hat sich wirklich für unsere Themen interessiert.

Über was spricht man denn da?

Auch mal etwas Persönliches? Persönliches eher weniger. Im Vordergrund stehen sicherlich die politischen Themen. Gerade im Gespräch mit Politikern grosser Staaten ist es mir wichtig, Liechtenstein in seiner Vielfalt zu präsentieren, mit Klischees aufzuräumen und auch aufzuzeigen, wo denn die Herausforderungen eines Kleinstaates liegen. Beispielsweise lege ich dar, welche Konsequenzen diese ganze Bürokratisierungs- und Regulierungsflut für kleinere und mittlere Unternehmen nach sich zieht. Oder ich erkläre un-

serer liberale Wirtschaftspolitik und zeige auf, welche Stossrichtung wir verfolgen, wie beispielsweise, dass wir zwar ein tiefes Steuerniveau haben, im Gegenzug aber auf Wirtschaftsförderung im grossen Stil verzichten. Angela Merkel beispielsweise hat da sehr gut zugehört und festgestellt, dass unser System somit sehr fair sei.

Was wollen Sie mit Ihrer Regierung in dieser Legislatur unbedingt noch erreichen?

Es geht sicher mal darum, die Themen, an denen wir jetzt arbeiten, abzuschliessen. Was mich sehr beschäftigt, ist die Übernahme der hängigen EU-Rechtsakte im Bereich der Finanzmarktaufsichtsregulierung in den EWR. Das ist für unseren Finanzplatz ein absolut zentrales Thema. Wir führen sehr schwierige Verhandlungen mit unseren Partnern Norwegen und Island auf der einen Seite und der EU-Kommission auf der anderen. Seit drei Jahren ar-

beiten wir intensiv an diesem Thema und stehen kurz vor dem Abschluss. Jetzt gilt es, Nägel mit Köpfen zu machen. Ein weiteres Thema ist der Staatshaushalt. Sinkende Einnahmen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und eines starken Frankens bei gleichzeitig stetig steigenden Ausgaben haben den Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht. Korrekturmassnahmen waren notwendig, um die Handlungsfähigkeit des Staates und die Stabilität der Sozialwerke für die Zukunft zu sichern. Ein Grossteil der Vorhaben aus den Massnahmenpaketen I bis III ist mittlerweile umgesetzt. Wir sind dabei, einen Abschlussbericht zur Sanierung des Staatshaushalts zu erstellen und werden darlegen, was wir konkret gemacht haben. Dabei möchte ich auch aufzeigen, dass ein grosser Teil der Massnahmen beim Bürger gar nicht direkt spürbar ist.

Das ist in der Bevölkerung aber anders angekommen. Gerade im Zuge der Sozialreformen, welche derzeit geplant oder bereits in Umsetzung sind, ist der Regierung ja öfters vorgeworfen worden, sie spare auf dem Buckel der Armen und Kranken. Können Sie diese Argumente nachvollziehen?

Ich kann die Argumente zum Teil verstehen. Diese Meinung wird ja durch entsprechende Botschaften bewusst forciert, um anstehende Reformen zu verhindern. Für mich ist wichtig, immer das gesamte Bild vor Augen haben. Wir sparen ja nicht um des Sparens willen. Auch ich würde gerne Zückerchen verteilen. Aber, es ist halt wie bei einer «Milchbühlleinrechnung». Auch als Staat kann ich nicht mehr Geld ausgeben, als ich einnehme. Wir haben die schwierige Aufgabe, den Staatshaushalt zu sanieren und eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Wir haben das

Steuer herumerissen und sind jetzt auf Kurs. Bereits für 2015 konnten wir ein ausgeglichenes Budget vorlegen, und das operative Ergebnis wird deutlich besser ausfallen als geplant. Auch für 2016 haben wir ein ausgeglichenes Budget präsentiert. Um dies zu erreichen, waren massive Anstrengungen nötig.

Aber anstatt die Bürger zu belasten, hätte man nicht beim Staat selbst mehr sparen können?

Ich denke, die Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand können sich durchaus sehen lassen. Seit 2011 haben wir den Personalbestand um rund 50 Stellen reduziert, obwohl in verschiedenen Bereichen neue Aufgaben und damit neue Stellen nötig wurden. Als Beispiel erwähne ich die Steuerverwaltung: Aufgrund des neuen Steuergesetzes muss sie jetzt vier bis fünf Mal mehr juristische

Personen veranlagten als vorher. Und trotzdem konnten wir die Lohnkosten in der Landesverwaltung insgesamt zurückfahren. Bei den

Sachkosten waren wir ebenfalls erfolgreich. Hat der Staat im 2012 noch rund 100 Millionen Franken ausgegeben, so haben wir diese Kosten auf 75 Millionen Franken reduziert. Das sind Einsparungen, die nur mit konsequentem Kostenmanagement erzielt werden können. Diese Beispiele zeigen sehr deutlich, dass der Staat selbst sehr wohl gespart hat.

Eine andere Variante wäre es, die Steuern zu erhöhen, beispielsweise die Unternehmenssteuern, denn die zahlen ja teilweise doch noch recht wenig.

Nach der Revision des Steuergesetzes hat man immer wieder gehört, dass die grossen Unternehmen keine Steuern mehr bezahlen. Das stimmt so nicht. Aktuell zahlen die Unternehmen über 220 Millionen Franken an Ertragssteuern; damit ist dies die ergiebigste Steuerart. Wir haben zudem anhand der Daten von zwölf grossen Unternehmen verglichen, wie viel Steuern sie nach altem und nach neuem Steuergesetz zahlen würden. Die Analyse hat gezeigt, dass der Unterschied nicht sehr gross ist. Allerdings hängt die Höhe der Steuern direkt von der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen ab. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn ein Unternehmen Verlust macht, dann zahlt es keine Steuern. Wenn es aber gut läuft, dann zahlen die Unternehmen auch entsprechende Ertragssteuern.

Wie sieht es denn bei den Gemeinden aus? Könnte der Staat hier noch etwas abschöpfen?

Wir haben ja im Zusammenhang mit Anpassungen an den Finanzzuweisungen bereits rund 50 Millionen Franken zulasten der Gemeinden eingespart. Jetzt stellt sich die Frage, ob noch weitere Schritte möglich wären. Gerade Vaduz und Schaan sind ja finanziell sehr gut aufgestellt, profitieren deshalb aber nicht vom Finanzausgleich. Somit müsste ein anderer Ansatz gefunden werden. Die Stiftung Zukunft.li prüft derzeit, wie sich der Finanzaus-

Regierungschef Adrian Hasler:
«Wahlgeschenke konnten sich
Politiker leisten, die sich um deren
Finanzierung keine Gedanken machen
mussten.» (Foto: ZVG)

gleich anders gestalten liesse. Ein Beispiel wäre ein horizontaler Finanzausgleich zwischen den Gemeinden. Das könnte ein Modell für die Zukunft sein. Ich bin jedenfalls gespannt, zu welchem Ergebnis die Studie hier kommt.

In Ihrem Ressort gab es neben dem Staatshaushalt eine weitere Grossbaustelle - den Finanzplatz. Wie stark waren Sie hier gefordert?

Die Transformation des Finanzplatzes hat mich in meiner bisherigen Amtszeit wohl am stärksten beschäftigt. Mit der Regierungserklärung von 2013 haben wir den strategisch wichtigen Entscheid gefasst, den automatischen Informationsaustausch (AIA) umzusetzen. Als «early adopter» gehören wir mit zu den ersten Staaten, die ab Januar 2016 dieses Abkommen umsetzen. Für die Reputation Liechtenstein war das der wichtigste Schritt. Für mich war es zentral, dass wir ein mit den Wirtschaftsverbänden und allen Betroffenen abgestimmtes und gemeinsam getragenes Vorgehen erarbeitet haben. Das hat zwar viel Zeit und Energie beansprucht, letztlich hat jedoch genau dieser Einbezug die breite Akzeptanz bei den Finanzplatzakteuren gesichert. Ausserdem haben wir auch in diesem Jahr viele Regulierungen im Finanzbereich umgesetzt. Das waren richtig dicke «Schinken», die der Landtag behandeln musste - sehr komplexe Gesetzmaterien. Diese Flut an Gesetzen konnten wir deshalb bewältigen, weil die Finanzintermediäre beziehungsweise die Verbände sehr gut mitgearbeitet haben. Die klare Stra-

tegie und die glaubhafte Umsetzung haben unser Ansehen international stark verbessert. Gerade unser Bekenntnis zum AIA hat uns sehr viele Türen geöffnet. Liechtenstein wird jetzt wieder als verlässlicher Partner betrachtet. Das hilft auf politischer Ebene, aber auch der Wirtschaft, für welche sich neue Chancen eröffnen.

Dennoch gab es einen Dämpfer in diesem Jahr. Liechtenstein ist wieder auf einer «Schwarzen Liste» aufgeschienen.

Ja, und zwar kurz bevor wir das Abkommen mit der EU zum AIA unterzeichnet haben. Das hat mich sehr geärgert. Wir haben sofort sehr klar und unmissverständlich bei der EU interveniert. Ebenso waren wir auf allen Ebenen aktiv und haben auch breite Unterstützung erfahren. Unsere Interventionen haben letztendlich gefruchtet, die EU-Kommission hat diese Liste im Herbst vom Netz genommen.

Der Finanzplatz ist in den letzten Jahren auf neue Grundpfeiler gestellt worden. Jetzt ist diese Transformation auf Gesetzesebene zum Grossteil vollzogen, wie sehen Sie jetzt die Zukunft des Finanzplatzes? Ich bin überzeugt, dass der Finanzplatz auch in Zukunft Potenzial hat. Er wird sich aber noch weiter verändern. Ich gehe davon aus, dass es noch zu Konsolidierungen kommen wird. Dies, weil die Anforderungen weiter steigen werden. Es wird immer mehr Regulierungen und Vorschriften geben. Kleinere Unternehmen werden Mühe haben, diese zu stemmen. In der Folge werden sich



Pfarrei Mauren

Gottesdienst zum Jahresende

MAUREN Am Donnerstag, den 31. Dezember, feiern wir um 17 Uhr in der Pfarrkirche Mauren einen Gottesdienst zum Jahresende, anschliessend kurze eucharistische Anbetung. In diesem Gottesdienst wollen wir Rückschau halten auf das zu Ende gehende Jahr 2015 und Gott danken für alles, was wir in diesem Jahr von ihm empfangen durften. Gleichzeitig bitten wir Gott, er möge uns auch im neuen Jahr mit seinem Segen begleiten. In diesem Gottesdienst gedenken wir auch all unserer lieben Verstorbenen, die im Jahr 2015 in die Ewigkeit eingegangen sind. Alle sind herzlich eingeladen.

P. Anto Poonoly und Pfarreirat

Erwachsenenbildung

Oper Macbeth: Einführung und Opernbesuch

SCHAAN/ST. GALLEN Die spannende Einführung beleuchtet die Hintergründe, die Handlung und die Aufführung der Oper Macbeth in St. Gallen, die von der Kritik und vom Publikum gleichermaßen als hervorragend und mitreissend beurteilt wird. Anschliessend besucht die Gruppe die spektakuläre Aufführung des Werks im Theater St. Gallen. Die Oper Macbeth von Giuseppe Verdi ist ein Drama voller emotionaler Abgründe, mit gewaltigen Chorszenen, fesselnden Ensembles und atemberaubenden Arien. Die Einführung bestreitet Opernkenner Dr. Markus Hofer aus Götzis. Der Opernkurs (Kurs 106) findet am Sonntag, den 7. Februar, statt (14 Uhr Einführung in der Stein Egerta, anschlies-



Anmeldeschluss für die Opernfahrt am 7. Februar ist der 7. Januar. (Foto: ZVG)

send gemeinsame Anreise mit dem Bus nach St. Gallen, Opernaufführung um 17 Uhr). Anmeldeschluss: 7. Januar. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan, Telefonnummer 232 48 22 oder per E-Mail an die Adresse info@steinegerta.li. (Anzeige)

Haus Gutenberg

Jin Shin Jyutsu – Altes Wissen neu entdecken

BALZERS Das Wissen um die Heilkraft unserer Hände hat Anfang des 20. Jahrhunderts der japanische Meister Jiro Murai zusammengetragen, gelebt und weitergegeben. Er gab diesem Wissen den Namen Jin Shin Jyutsu, was übersetzt heisst: «Die Kunst des Schöpfers durch den mitfühlenden, wissenden Menschen.» Mary Burmeister brachte diese Lehre nach Amerika und verfasste nach Jahren des Studiums und der Erfahrung drei Selbsthilfebücher, die uns Anleitung geben, uns selber zu helfen. Bei der Anwendung werden die körpereigenen Energiebahnen von Blockaden befreit. Schmerzzustände, chronische und akute körperliche Unstimmigkeiten werden gelindert. Durch Berühren bestimmter Körperstellen und bewusste Atmung kann jeder Mensch Jin Shin Jyutsu praktizieren. Am 16. Januar lernen wir im Selbsthilfekurs unter der Leitung von Marianne Lörcher die Grundlagen dieser Kunst kennen. Ausserdem werden die Bedeutung der Finger, der Hauptzentralstrom sowie drei Organströme in Theorie und Praxis erarbeitet und geübt. (Anzeige)

Anmeldungen: www.haus-gutenberg.li

FBP-TERMINE



FBP-Ortsgruppe Balzers Neujahrs-Apéro

Wann
3. Januar, ab 11.15 Uhr

Wo
Kleiner Gemeindesaal, Balzers

Was
Traditioneller Neujahrs-Apéro

Anmeldung
Bis spätestens 1. Januar bei Marcel Gstöhl (Mobiltelefon: 079 418 20 54)

Weiteres
Ältere oder gehbehinderte Personen werden auf Wunsch gerne abgeholt.

FBP Triesenberg: Neujahrs-Apéro

Wann
3. Januar, 17 Uhr

Wo
Dorfplatz, Triesenberg

Unterländer FBP-Ortsgruppen Winterabend

Wann
5. Januar, 18 Uhr

Wo
Freizeitanlage Grossabünt, Gamprin-Bendern

FBP Mauren-Schaanwald 17. Neujahrs-Apéro der Jungen FBP Mauren-Schaanwald

Wann
8. Januar, ab 19.30 Uhr

Wo
Räbabar, Mauren

Was
Neujahrs-Apéro mit kleinem Imbiss, Darts-Turnier

FBP Schaan Neujahrs-Apéro

Wann
8. Januar, 18 Uhr

Wo
Mausi's Marroni, Schaan

Zweites Jahrestreffen der FBP-Senioren

Wann
2. Februar, Türöffnung um 14.30 Uhr, Beginn um 15 Uhr

Wo
SAL, Schaan (kleiner Saal)

Was
Referat Frau Prof. Dr. Sabina Misoch «Wertvorstellungen und Wertewandel im Lebensverlauf: Welche Werte prägen heutige Senioren und Seniorinnen?» Anschliessend: musikalische Einlage der Seniorenmusik, Imbiss

Anmeldung
Bis zum 27. Januar
info@fbp.li / 237 79 40

Kontakt

E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



vielen Gedanken machen müssen, mit wem sie in gewissen Bereichen kooperieren oder ob sie sich ganz zusammenschliessen wollen. Auf der anderen Seite sehe ich auch grosse Chancen. Wir haben ein spezifisches Know-how hier am Platz, wir haben eine lange Tradition in der Betreuung von vermögenden Kunden, die Privatsphäre hat bei uns nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert, wir bieten Rechtssicherheit und Stabilität, haben kurze Wege zur Verwaltung und einen hohen Qualitätsanspruch. Das sind Faktoren, welche im Finanzbereich extrem wichtig sind.

«Es wird eine immer grössere Transparenz verlangt, zulasten der Privatsphäre.»

Gibt es denn Themen, die derzeit beispielsweise in der EU diskutiert werden, die Liechtenstein wieder unter Druck setzen könnten? Es wird sicher weitere Regulierungsvorschriften geben. Gewisse Staaten nutzen aktuelle Ereignisse, um ihre Interessen durchzusetzen. Ein Beispiel ist der Bereich der Terrorismusfinanzierung und Geldwäscherei. Hier wird eine immer grössere Transparenz verlangt, zulasten der Privatsphäre. Diese Entwicklung betrachte ich mit Sorge.

Ist es in dem Zusammenhang schlau, in Liechtenstein ein Casino eröffnen zu wollen? Schliesslich gibt es Personen, die warnen, hier könnten der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung Tür und Tor geöffnet werden.

Wichtig ist, dass die Bewilligungsvoraussetzungen hoch sind und die Regulierung und Überwachung funktionieren. Und dies ist in Liechtenstein gegeben, deshalb sehe ich hier weniger das Problem. Ob nun eine Lizenz vergeben wird oder mehrere sogenannte Polizeibewilligungen, das macht für mich in dieser Frage keinen Unterschied. Aber natürlich kann man sich grundsätzlich fragen, ob Liechtenstein überhaupt ein Casino braucht.

Nach drei Jahren kennen Sie Ihre Themen, langsam kommt aber wieder die Zeit des Wahlkampfes. Dadurch unterscheidet sich der Job eines Regierungschefs von dem eines Managers. Ist das lästig? Man spürt natürlich da und dort, dass der Wahlkampf anfängt. Ich möchte noch möglichst lange inhaltlich weiterarbeiten. Politische Geplänkel bringen unser Land da nicht weiter, sie lenken von den wichtigen Fragestellungen ab und führen oft zu schlechten Lösungen. Ich hoffe, dass wir die anstehenden Reformen noch abschliessen können - im besten Sinne für Liechtenstein und unsere Bevölkerung. Wir schaffen heute das Fundament für die künftigen Generationen. Wenn wir jetzt diese «heissen Eisen» nicht anpacken,

«Eine mögliche Kandidatur werde ich zu gegebener Zeit bekannt geben.»

verschieben wir die Probleme einfach in die Zukunft.

Vizeregierungschef Thomas Zwiefelhofer hat bereits gegenüber Radio L durchblicken lassen, dass er wieder kandidieren will, auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini hat sich dahingehend geäussert. Wie steht es bei Ihnen? Ich konzentriere mich zunächst auf diese Legislaturperiode. Ich will jetzt an diesen Themen weiterarbeiten. Eine mögliche Kandidatur werde ich zu gegebener Zeit kommunizieren.

Mit Sozialreformen und der Sanierung des Staatshaushaltes macht man sich nicht wirklich Freunde. Wird es im letzten Jahr Wahlgeschenke geben, um die Gunst der Wähler wiederzugewinnen? Mir geht es darum, dass die Bevölkerung sieht, dass wir in dieser Legislaturperiode die heissen Themen angepackt und gelöst haben. Schliesslich ist es mir wichtig, dass auch zukünftige Generationen gut in unserem Land leben können. Wahlgeschenke - nein, das wäre ein falscher Ansatz. Das konnten sich Politiker leisten, die sich um die Finanzierung dieser Geschenke keine Gedanken machen mussten. Jetzt ist definitiv die falsche Zeit für überlegte Geschenke. In dieser Legislatur bauen wir mit den Reformen das Fundament, damit wir als Land weiterhin eigenständig entscheiden und unsere Zukunft in die Hand nehmen können.